

„Die haben früher auf uns geschossen“

Hans Halter über Groll und Ressentiments in Berlin-Brandenburg

Wo die Mauer stand, ist jetzt Ödland. Ein Streifen Wildnis, oft 100 Meter breit, 155 Kilometer lang. Immer noch trennt der Kahlschlag West- und Ost-Berlin, separiert die einstige „Insel der Freiheit“ auch von ihrem brandenburgischen Umland. Die Stadtkante ist so scharf markiert, daß Astronauten sie vom Weltraum aus mit bloßem Auge sehen.

Im Grenzstreifen, früher täglich frisch geharkt, wuchert jetzt Unkraut. Mancher entsorgt hier illegal seinen Bauschutt. Wer nicht aufpaßt, stolpert über eine gußeiserne Badewanne aus Kaisers Zeiten oder einen Trabi, made in the German Democratic Republic. Der kann nicht rosten und nicht sterben, weil er aus Plaste ist, für die Ewigkeit gepreßt.

Vergebens hat der Berliner Senat versucht, mit den abgemusterten DDR-Grenzschützern und frisch rekrutierten ABM-Truppen das Sperrgebiet zu rekultivieren, hat hier ein Stückchen Fahrradweg, dort eine Schonung anlegen lassen. Viel genutzt hat das nicht. Das Ödland ist geblieben – dahinter wohnt der Ossi. Und da drüben, da wohnen die Wessis.

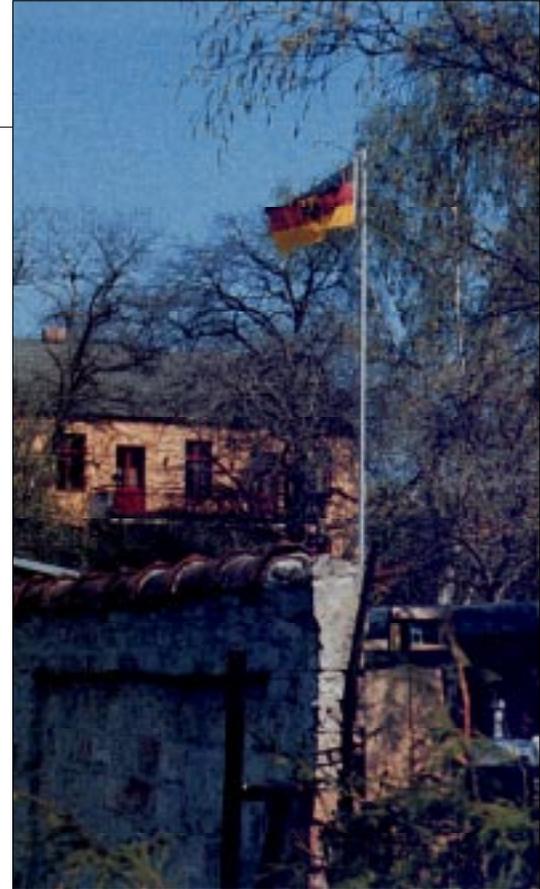
In der Gemarkung Steinstückchen, 45 Jahre lang Vorposten des West-Berliner Bezirks Zehlendorf, eine „Exklave“, die mangels Landweg von 1961 bis 1972 durch US-Militärhubschrauber aus der Luft versorgt wurde, läßt der Kleintierzüchter-Verein ganzjährig die deutsche Fahne wehen, mit dem Bundesadler hoch am Mast.

Gegenüber, hinter dem Ödland, haben am 7. Oktober letzten Jahres DDR-Fahnen aus dem Fenster gehangen, die mit dem Hammer, dem Zirkel und dem Ährenkranz. „Alles Stasis“, sagt eine weißhaarige Steinstückerin über die Nachbarn, „die haben früher auf uns geschossen.“ Nein, nicht direkt, aber virtuell.

Wer auf der Ostseite der deutsch-deutschen Grenze wohnte, der mußte von Staats wegen jede Leiter unter Verschuß halten und jeden privaten Besuch vorab genehmigen lassen. An seiner immerwährenden Treue zur Partei der Arbeiterklasse gab es keinen Zweifel, damals nicht und heute nicht – sonst würden die Maueranrainer nicht Flagge zeigen am Jahrestag ihrer verstorbenen Republik. Die meisten Ossis rund um Steinstückchen waren bei den Grenztruppen, den Zoll- und Sicherheitsorganen, der Armee, auch bei der Stasi. Jetzt wählen fast alle PDS, und mit den Berliner Wessis fusionieren, das wollen sie nicht.

Der Vertrag zwischen Berlin und Brandenburg, sagen sie, sei nicht ordentlich ausgehandelt. Nicht mal das Wort „Landwirtschaft“ komme darin vor. Zwar sind die Anrainer keine Bauern, sondern zumeist Staatsdiener, früher der DDR, jetzt des Bundeslandes Brandenburg. Das aber wollen sie bleiben, so wahr ihnen Manfred Stolpe helfe.

Vor dem SPD-Ministerpräsidenten haben die alten Kader keine Angst.



Kleintierzüchter-Siedlung in der früheren

Der Mann wohnt in einer Villa, die eine westliche Erbgemeinschaft beansprucht, will sie aber nicht herausgeben; zu DDR-Zeiten hat er als „Inoffizieller“ (geheimer) Mitarbeiter der Stasi geholfen, die ihm einen Decknamen (IM „Sekretär“) und auf Erich Mielkes persönlichen Befehl die DDR-Verdienstmedaille nebst Bargeldprämie verlieh. Brandenburg hat als einziges neues Bundesland keinen „Stasi-Beauftragten“, und die Überprüfung seiner öffentlich Bediensteten auf Mitarbeit beim allmächtigen Geheimdienst ist offiziell abgeschafft.

Muß man sich vor einem Landesvater, der soviel Gutes tut, fürchten?

In Potsdam, wo Stolpe regiert, ist die PDS die stärkste der Parteien. Tiefgestaffelt halten ihre Bataillone das Grenzgebiet zu Steinstückchen besetzt:



Militär-Zöglinge in historischen Uniformen (1900, im Militär-Waisenhaus Potsdam): Residenz des Untertanen



Exklave Steinstücken, Mauerbau in Berlin 1961: Der verwilderte Grenzstreifen markiert noch immer den Ost-West-Gegensatz

Hier und im benachbarten Babelsberg wohnen die Herren, die früher an der „Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft“ oder an Mielkes eigener Stasi-Hochschule gelehrt haben. Hinter dem Ödland liegen die Wohnblocks für Zöllner, die ihr blaues Tuch gegen eine grüne Uniform getauscht haben und nun, fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehend, nicht mehr die West-Berliner, sondern die Polen schikanieren.

Seit die Hohenzollern vor Jahrhunderten die kleine Stadt Potsdam zur brandenburgisch-preußischen Residenz erhoben, ist hier der Untertan zu Hause. Das Militär hat die Stadt geprägt – führen und folgen, befehlen und gehorchen, war das Panier. Noch heute residiert die Generalität der Nationalen Volksarmee der DDR, im Felde

unbesiegt, in einer schmucken Eigenheim-Waldsiedlung. Selbstverständlich steht in Potsdam noch ein Lenin-Denkmal, und Ödland, von Soldatenstiefeln zertrampelt, gibt es überall. Zutage tritt der Sand.

Der Sand ist Brandenburgs Schicksal. Die Mark wurde jahrhundertlang als des „Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“ verspottet. Hier sind die Kartoffeln klein, die Kiefern dürr, das Gras mager. Die Mark Brandenburg, Preußens Kernland und später das Herzstück der DDR, war und ist arm. Hier wuchsen die Kirchen nicht in den Himmel (wie in Bayern), nirgendwo keimte Bürgerstolz (wie am Rhein), tüchtige Kaufleute (wie in den Hansestädten) wurden vergrault.

Seit 1618 die Mark Brandenburg das Herzogtum (Ost-)Preußen übernahm, ist der Staatsdiener die Traumfigur der Region. Entsprechend groß ist der Run der Untertanen, die nach den Steigbügeln haschen.

Niemals hatte die DDR irgendwelche Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Bürokraten. Der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ hielt sich Legionen von Müßiggängern, ein Heer Getreuer: Agitatoren, Revisoren, Lektoren, Sekretäre für fünf Parteien, Planer, Kultur-

schaffende und rund 500 000 Bewaffnete. In Potsdam beschäftigte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) 1989 gut 400 hauptberufliche Funktionäre, der älteste Jugendliche war 52 Jahre alt und schon ganz grau an Kopf und Kinn.

Heute residieren im lokalen FDJ-Hauptquartier das Homosexuelle Integrationsprojekt HIP sowie diverse Ex-und-hopp-Vereine. Die Scheiben sind blind, der Eingang ist besprayed, im Flur steht Müll. Die FDJ-Funktionäre sind auf und davon. Aber wohin?

Viele konnten sich als Lehrer in die Schulen retten. Dort hat die DDR weithin unbeschädigt überdauert. Viele Pädagogen sind von altem Schrot und Korn. In Luckenwalde, 50 Kilometer südlich von Potsdam, wo der spätere Apo-Student Rudi Dutschke in den fünfziger Jahren zur Schule ging, fand sich kein einziger Geschichtslehrer bereit, den Schülern bei der Vorbereitung einer kleinen Dutschke-Ausstellung zu helfen.

Gegen Dutschke spricht aus Sicht der Lehrer, daß sich der Schüler D. 1957 in öffentlicher Rede für die deutsche Wiedervereinigung und gegen den Eintritt in die Nationale Volksarmee aussprach. Damals trieben ihn die Lehrer aus Brandenburg nach West-Berlin. Heute verhindern sie die Anbringung einer Erinnerungstafel in der Schülerraula.

2,3 Millionen Mitglieder zählte die SED, als sie im Wendeherbst 1989 plötzlich kollabierte. Zwei Millionen Parteigenossen sagten der roten Fahne sofort Lebewohl. Wer dabei blieb, der riskierte, plötzlich nicht mehr zur



40-Jahr-Feier der DDR 1989: Ein Heer Getreuer

Avantgarde zu zählen – PDSler zu sein, das gilt in Deutschland einig Vaterland nicht als Empfehlung. Außer in Brandenburg und in Ost-Berlin: Hier sind die alten Netze stabil, entscheiden SED/PDS-Seilschaften über Neueinstellungen, Baugenehmigungen und Subventionen. In Dutzenden von Orten und vier Berliner Stadtbezirken sind Ex-SEDler frei, gleich und geheim gewählte Bürgermeister.

Der Volkspolizist ist jetzt beamteter Hauptkommissar; die Genossin Sachbearbeiterin, vormals zuständig für den Rechtsträgerwechsel in das Eigentum des Volkes, amtiert jetzt hoheitlich im Liegenschaftsamt als Oberinspektorin; der Richter blieb Richter, der Staatsanwalt ein Staatsanwalt. Nicht einmal den hauptberuflichen Stasi-Offizieren schlug es die Beine weg – mehrere tausend, die in den Paßkontrolleinheiten, im Wachregiment „Felix Dserschinski“ und in der Hauptabteilung Personenschutz dienten, sind in Brandenburger oder Bonner Dienste getreten, ihrer und unserer Sicherheit zuliebe.

Und die Spitzel? Die Inoffiziellen Mitarbeiter der Firma „Horch, Guck und Greif“? Die „Kleinen“, die niemand hängen wollte, weil man die „Großen“ ja auch alle laufen ließ – Pfarrer Joachim Gauck hat die Akten: Alles in allem hat es in der DDR seit der Bildung des MfS eine halbe Million Inoffizieller Stasi-Mitarbeiter gegeben. Die meisten leben noch, wollen sich aber nicht erinnern.

Wie der Ministerpräsident IM „Sekretär“ Stolpe deuten sie die Zusammenarbeit mit dem Geheimdienstministerium nachträglich zu einem Akt des Widerstands um. So baut der IM „Sekretär“ den Seinen die Lügenbrücke, über die viele Kollaborateure der Diktatur gehen.

Allein in Ost-Berlin leben mindestens 35 000 ehemals hauptberufliche und mindestens 100 000 Inoffizielle Stasi-Spitzel, jeder siebte Erwachsene, die Familienangehörigen nicht gerechnet. Dazu kommen mehrere hunderttausend Menschen, die zu DDR-Zeiten in Ministerien, Parteihochschulen, Zensurbehörden, Störsendern arbeiteten – oder auch nur als Garderobiere im „Palast der Republik“, als Lyriker für die Akademie der Künste oder als Referent im Büro des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Doch, so hieß das.

Man saß im Warmen und Trockenem, fernab der „materiellen Produktion“. Die überließ man den echten Arbeitern, denn es galt der Satz: „Arbeiter-und-



Ehemalige Heilstätten Beelitz: „In die weißen Betten des Wunderbaus . . .



. . . aus dem Schlamm der Somme-Schlacht“: **Beelitz-Patient Hitler (M., 1916)**

Bauern-Staat ist wirklich etwas Schönes – du darfst nur kein Arbeiter oder Bauer sein.“

Auch nach der Wende nahm keiner Hammer oder Zirkel in die Hand. Die abservierten Eliten der DDR sitzen auf dem Sofa und nehmen übel. 88 Prozent aller NVA-Offiziere, die heute im Bundeswehrverband organisiert sind, so ergab in diesem Monat eine Umfrage, fühlen sich als „Bürger zweiter Klasse“, und schuld daran ist die „fehlende materielle Gleichstellung“ (94 Prozent).

Diese große Koalition der Verlierer umklammert das ehemalige West-Berlin in konzentrischen Ringen. Im Stadtteil Hohenschönhausen bringt es die PDS in manchen Wahllokalen auf gut 70 Prozent. Hier wohnen die Genossen vom „Schwert und Schild der Partei“, dem Ministerium für Staatssicherheit.

Wer im Datschenland zwischen der Ost-Berliner Stadtgrenze und der NVA-Hochburg Strausberg nachts nach dem Weg fragt, der wird aus reiner Widerborstigkeit in die falsche Richtung geschickt, wenn er als West-Berliner Klassenfeind zu erkennen ist. Klasse gegen Klasse, das heißt in der Hauptstadt Berlin vor allem: Akademiker (Ost) gegen Akademiker (West). Nach der letzten Zählung leben hier wie dort etwa gleichviel: 156 000 (West) gegen 157 000 (Ost). Ihr gegenseitiger Argwohn geht um Sozialprestige, Einkommen und die Macht.

„Mit uns einfachen Arbeitern hat det Ding Berlin-Brandenburg doch jarnüsch zu tun“, sagt der Mann, der hinter Potsdam in einem mobilen Riesenkessel den Teer erhitzt. „Wir Arbeiter wern doch so oder so beschis-

sen.“ Die Straßenbauer gelten als Strafkompagnie.

Der Mann am Teerofen schwitzt, die Straße nach Süden glänzt. Von den Straßenbauern werden am Sonntag wohl nur wenige zur Wahl gehen.

In der Ferne rollt ein Zug vorbei, fast leer. Nächster Halt: Beelitz Heilstätten. Hier hat der Gefreite Adolf Hitler 1916 den ersten Eindruck von Brandenburg gewonnen und der Generalsekretär Erich Honecker 1991 den letzten. „Vom Schlamm der Somme-Schlacht in die weißen Betten dieses Wunderbaues!“ jubelte der Führer in „Mein Kampf“.

Der verwundete Hitler kurierte im Lazarett Beelitz eine Granatsplitterverletzung aus, sieben Wochen dauerte das. Als er wieder richtig gehen konnte, besuchte er zum erstenmal im Leben die Reichshauptstadt Berlin: „Die Not war ersichtlich überall sehr herbe“, erinnert er sich später. Außerdem führten die „gesinnungslosesten Hetzer“ das große Wort. Dolchstoß!

Heute ist Beelitz Heilstätten – 430 Hektar, 3000 Betten – eine Geisterstadt. Erich Honecker, betreut von russischen



K. MEINER

Früherer Truppenübungsplatz Wittstock: Pfarrer-Proteste gegen das Bombodrom

Ärzten, war einer der letzten Patienten. Nach seinem Sturz und vor seiner Flucht nach Moskau wurde er hier spazierengeführt. Die herrschaftliche Villa, in der er wohnte, ist geplündert. Die gute Beelitzer Luft, die einst Lungenkranken Linderung bringen sollte, streicht durch menschenleere Alleen. Bald wird der Streusand die Heilstätte zurückerobert haben.

Vom kargen Boden des dünnbesiedelten Bundeslandes hielten die Russen

1990 fast fünf Prozent. Jetzt rangeln Deutsche um das Land. 14 000 Hektar – dreimal so groß wie die berühmten Berliner Bezirke Mitte, Kreuzberg und Charlottenburg zusammen – dehnt sich das „Bombodrom“ im Nordwesten Brandenburgs. Hier will nun die Bundesluftwaffe üben, auf dem größten Schießplatz in Mitteleuropa. Die Pfarrer der SPD sind dagegen. Im Herbst 1989 haben die frommen Männer die

Partei gegründet, im Pfarrhaus zu Schwante bei Berlin. Eine dunkle Marmortafel, die aussieht wie ein Grabstein, erinnert an die mutige Tat. Ostern 1996 marschierten die SPD-Theologen in das riesige Bombodrom, vergebens.

Die Brandenburger SPD, geschlagen mit dem Ex-Konsistorialpräsidenten Stolpe und dessen Fähigkeiten, die Wähler an ihren niederen Instinkten zu packen, ist eine Partei nahezu ohne Mitglieder. Sie hat nicht einmal eine Klientel. In den armen brandenburgischen Dörfern, wo die Kirchen aus Feldsteinen und die Häuser aus Lehm sind, gibt es keine Sozialdemokraten. Hier wohnen deklassierte Landarbeiter, meist arbeitslos, und die Urenkel des Michael Kohlhaas, den die Berliner Behörden hinrichten ließen. Seine Nachkommen versuchen sich als „Wiedereinrichter“, sie wollen wieder Bauern sein, notgedrungen arme.

Selbst das ist schwer in den Zeiten der EU, die am liebsten nur die Agrarfabriken der neuen „roten Barone“ subventioniert. Die haben im Wendejahr die Kolchosen privatisiert, in GmbHs und Co. KGs umgewandelt, denn die Kader saßen als Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Produktions-

genossenschaften zur rechten Zeit am richtigen Platz. So half ein SEDler dem anderen in die neue Zeit hinüber.

Für die kleinen Leute in Brandenburg war das ein letztes Lehrstück. Jahrhundertlang sind sie den Junkern untertan gewesen, dann schoß in ihrer schönen Schorfheide der dicke Hermann Göring auf alle Tiere, die sich bewegten. Kaum war der Reichsmarschall in Walhall, erschienen Mielke, Honecker, Stoph – wie der Adel und die Nazis kamen auch die Arbeiterführer aus der großen Stadt Berlin. Rehe und Brandenburger hatten gegen alle diese Mächtigen niemals eine faire Chance. Am kommenden Sonntag könnten sich die Landbewohner revanieren und mehrheitlich nein zur Fusion sagen.

Ob der alte Trick, den Wählern mit großen Geldscheinen zu winken, ausreichend zieht, ist fraglich. Zwar glaubt in Brandenburg wie in Berlin eine große Mehrheit daran, daß der Staat nicht die Rahmenbedingungen für eigene Anstrengungen zu gewährleisten hat, sondern die Pflicht habe, als Vater für Arbeit und Brot zu sorgen. Es hat sich aber auch herumgesprochen, daß Vater Staat ziemlich pleite ist.

Das ist für die wahlberechtigten Osis und Wessis gleichermaßen schmerzlich.



Jäger Honecker
Macht über die Wälder

Hier wie dort haben sich Millionen Menschen daran gewöhnt, von ihren Landsleuten jenseits der Elbe subventioniert zu werden. Die West-Berliner vertrauten zu Mauerzeiten dem Rheingold, zuletzt 18 Milliarden Mark pro Jahr, pro Nase um 700 Mark im Monat. Die Ost-Berliner und Brandenburger genießen jetzt die Transfer-Milliarden, aparterweise rund 300 Mark

mehr. Zum Kummer der westdeutschen Paten macht der großzügige Zuschuß nicht munter, sondern müde.

Nirgendwo sind so viele Arbeitnehmer krankgeschrieben wie in Berlin. „Schlußlicht bei der Wirtschaftsentwicklung und Spitzenreiter bei den Fehltagen“, diagnostiziert der Wirtschaftssenator Elmar Pieroth. Herr Enzo von Kühlmann-Stumm, Sprecher der Siemens AG (die früher mal ein Berliner Weltkonzern war), bedauert sehr, mitteilen zu müssen, daß die „Krankheitsausfälle in Berlin um 50 Prozent über dem Durchschnitt unserer übrigen Standorte liegen“. Ähnlich ist es bei Mercedes. Medizinische Gründe gibt es dafür nicht.



Preußen-König Friedrich der Große*
„Die Berliner Seindt faul Deufelstezech“

Noch viel kränker sind die Damen und Herren der öffentlichen Verwaltungen – sie fehlen an 28 Tagen im Jahr, die Heilkuren nicht eingerechnet. Beamtete Wessis und Ossis nähern sich rasch an. Gegenseitig hilft man sich, dem Staat in die Tasche zu greifen. Die Gehälter in Brandenburg sollen mit der Fusion an die West-Tarife angepaßt und die West-Stellen auf Ost-Niveau hochgestuft werden. So ist beiden geholfen.

Kein Wunder, daß auch die „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen“ der PDS, als sie sich Ende März im ehemaligen Wahlkreisbüro des Dichters Stefan Heym im Prenzlauer Berg zur Meinungsbildung über die Fusion versam-

melt, dem Thema höchste Priorität einräumt. Die erste Diskussionsbemerkung gilt der Frage nach der „kommunalen Besoldungsordnung“, die zweite dem Problem des noch immer „viel zu niedrigen Verbeamtungsgrades in Brandenburg“.

Auch die PDS ist eine Laufbahnpartei des Öffentlichen Dienstes. Beamte sind ihre treuesten Stammwähler, die „Jungen GenossInnen“ zieht es mit Macht in Stellen des Staates.

Dieser Trend ist alt. Als Friedrich der Große dem Strumpffabrikanten Grimbert aus Versailles die Aufstellung von elf Wirkstühlen gestattete und ihm 2000 Taler Sub-

vention in Aussicht stellte, weil der Franzose Berliner Arbeitskräfte beschäftigen wollte, wies Majestät sein Generaldirektorium schriftlich an, dem Investor reinen Wein einzuschenken: „Alle die Berliner Seindt faul Deufelstezech die lieber Stellen als arbeiten wollen. Das mus man den Grimbert Sagen.“

Westdeutsche Manager, nach der Wiedervereinigung auf langer Irrfahrt durch Berlin und Brandenburg, glauben, daß sich der Monarch nicht geirrt hat. „Die Leute hier“, sagt ein Schwabe, „wären am liebsten Kuweiter: Dort garantiert der Emir lebenslange Beschäftigung im Öffentlichen Dienst, ein unentgeltliches Bildungs- und Gesundheitswesen, und er stellt gratis ein Wohnhaus. Steuern werden nicht erhoben.“

Auf der Suche nach solch paradisischen Zuständen wie im Morgenland demonstrierten Mitte April 500 jugendliche Hausbesetzer in Ost-Berlin gegen die Räumung ihrer Wohnungen. Das Motto hieß: „Mietfrei ins nächste Jahrtausend!“

Mit der Subventionsmentalität – die freilich nicht nur in Brandenburg, sondern bundesweit verbreitet ist – müsse es „ein Ende haben“, sagt Berlins neuer Innensenator Jörg Schönbohm, ein Ex-General der Bundeswehr. Der Mann ist ein geborener Brandenburger, einer der wenigen, der nach erfolgreichen Jahrzehnten in Westdeutschland in seine Heimat zurückgekehrt ist.

Seit 1933 hat die Region, die sich vereinigen soll, fast zwei Millionen Menschen verloren: erst die Juden,

* Gemälde „Fridericus immortalis“ von Georg Schöbel, um 1900.



JORGENS OST U. EUROPA-PHOTO

Ehepaar Ulbricht, ZK-Sekretär Honecker 1968: Aus Stalins Staat in den heimischen Parteiapparat

dann die wohlhabenden Großbürger und Adligen, später auch noch die Künstler und Kabarettisten. Am Ende exilierte die DDR ihre Nonkonformisten, Homosexuellen und Dissidenten. In Ost- und West-Berlin blieb das Mittelmaß zurück. „Wer Talent zeigte, war für Berlin zu schade“, diagnostizierte die *Frankfurter Allgemeine* 1992 in Fettdruck.

Jetzt besiedeln vier Volksgruppen den preußisch-brandenburgischen Raum, und jede hat gute – subjektive – Gründe, den anderen nicht zu trauen: die armen Brandenburger allen naßforschenden Berlinern; die gedeckelten Verlierer in Ost-Berlin den elitären Siegern in West-Berlin; die schikaniernten West-Berliner den reuelosen Ost-Berlinern.

Es versteht sich, daß Ausländer, die nach Berlin-Brandenburg ziehen, kaum Grund haben, sich heimisch zu fühlen. Dabei sind allein sie es, die den weiteren Bevölkerungsschwund in der kinderarmen Region aufhalten.

Ganz langsam stieg vorletztes Jahr in Groß-Berlin die Zahl der Eheschließungen, geht aber wieder zurück. 15 730 Berliner Paare gaben sich 1994 das Jawort – doch nur 342 Wessi-Männer und 185 Wessi-Frauen akzeptierten einen Ost-Berliner Partner, während mehr als

1000 West-Berlinerinnen den Lebensbund mit einem Ausländer schlossen.

Der Graben ist noch tief zwischen Ost und West, und alle fürchten, daß selbst eine gute Ehe eine Bußzeit ist.

In der vorletzten Woche hat die Witwe Lotte Ulbricht in Berlin-Pankow ihren 93. Geburtstag gefeiert. Walter, der SED-Chef der fünfziger und sechziger Jahre, ist schon fast 23 Jahre tot. Frau Ulbricht lebt, bei guter Gesundheit und wachem Verstand, allein, den alten Ansichten treu.

Als sie 1903 in Rixdorf bei Berlin als „sehr armer Leute Kind“ geboren wurde, regierte der deutsche Kaiser Wilhelm II. das Land. Sie hat ihn nie gesehen, das verbietet der Arbeiterstolz.

1920 wurde Neukölln, früher Rixdorf, von Groß-Berlin eingemeindet.

Die Metropole trennte sich ohne Not von ihrem Umland. Brandenburg wurde selbständig. Lotte Ulbricht zog 1921 nach Moskau, in die Hauptstadt der verehrten Weltrevolution. Seither hat die Kommunistin hauptberuflich „im Parteiapparat gearbeitet“. Sie ist die wohl letzte Berliner, die Lenin noch gekannt hat, von Stalin ganz zu schweigen.

75 Jahre lang lebte Lotte Ulbricht ohne ein Namensschild an der Tür, 60 Jahre hat sie ihr Geburtshaus nicht gesehen. So ernst war die Lage, so unüberwindlich die Grenzen um und in Berlin. Am Sonntag wird die PDS-Genossin und vormalige Landesmutter gegen die Fusion stimmen, „und zwar wegen der armen Brandenburger. Ich bin immer auf ihrer Seite gewesen“.

Einst wie jetzt verachtet sie den Kaiser und den Konsumtempel „KaDeWe“. Seit kurzem hat sie aber erstmals ein Namensschild am Gartentor. Ihre Villa gehört nicht mehr dem Volke, sondern dem Bonner Finanzministerium, also doch dem Volke. Die Miete ist moderat.

Zur Feier des 93. Geburtstages gibt es auch für die Klassenfeinde Sekt, einen ukrainischen Schaumwein, halbtrocken. Er schmeckt sehr ordentlich. Kein Grund zur Klage. □



F. BOCHÉ/IGOT IT

Pensionärin Ulbricht 1995: Lenin noch gekannt